Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Gesundheit
Abteilung Kranken- und
Unfallversicherung
3003 Bern

03. Mai 2011

**Entwurf des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung (KVAG) -
Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 04. Februar 2011 haben Sie uns zur Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zum Entwurf äussern zu können, und lassen uns dazu wie folgt vernehmen:

1 Grundsätzliche Bemerkungen

Die Absicht des Bundes, die Aufsicht über die Krankenversicherer zu verbessern und diese im Rahmen eines eigenen Bundesgesetzes zu regeln, wird von uns begrüsst. Besonders unterstützen wir die Bestrebungen, die Eingriffsmöglichkeiten der Aufsichtsbehörde zu verstärken und ihr auch schärfere Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Ebenso erachten wir die Vorgaben hinsichtlich der Corporate Governance, der Rechtsform von Krankenkassen sowie hinsichtlich der Berechnung der Reserven für nutzbringend.

Es rechtfertigen sich aus unserer Sicht lediglich wenige Ergänzungen, die nachfolgend ausgeführt werden.

2 Ergänzungen der Vorlage

2.1 Aufsicht über soziale Krankenversicherung und Versicherungen nach VVG

In der Botschaft zum Entwurf wird ausgeführt, dass Sozialversicherer anderen Interessen ausgesetzt sein sollen als die Akteure, die einer Finanzmarktaufsicht unterstehen würden. Entsprechend sei es nicht möglich, dass die FINMA beide Aufsichtsaufgaben übernehmen könne.

Diese Begründung vermag aus unserer Sicht nicht zu überzeugen. Innerhalb einer bestehenden Struktur ist es grundsätzlich immer möglich, neue Abteilungen zu bilden, die spezifische Aufgaben erledigen. Solche Gebilde bieten denn auch stets eine Gewähr dafür, dass die notwendige Zusammenarbeit bei Schnittstellen funktioniert. Die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung, wie sie nun eingerichtet werden soll, hat ohne Zweifel viele Schnittstellen zu den Aufgaben der FINMA, zumal die Aufsicht über die Zusatzversicherungen nach VVG bei dieser verbleiben soll. In diesem Sinne und mit Blick darauf, eine Gesamtsicht erhalten zu wollen, ist noch einmal zu prüfen, ob eine Integration der neu zu bildenden Strukturen in die Strukturen der FINMA nicht doch einen gangbaren Weg darstellt. Andernfalls wäre zu überlegen, ob bei Aufbau einer zweiten Behörde die Aufsicht über die Zusatzversicherungen nicht der neuen Behörde übertragen werden sollte.

In diesem Zusammenhang lässt sich zudem feststellen, dass nach dem neuen Gesetz es den Krankenkassen nach wie vor erlaubt sein soll, neben dem Geschäft "soziale Krankenversicherung" auch dasjenige betreffend "Zusatzversicherungen und weitere Versicherungsarten" zu betreiben, wenn auch nur nebensächlich und nicht zur Hauptsache. Hier ergeben sich aus unserer Sicht Abgrenzungsprobleme, die normativ behoben werden sollen. So sind in das neue Gesetz Regeln aufzunehmen, wie die Zuweisungen von Verlusten und Gewinnen zwischen Grund- und Zusatzversicherung erfolgen und es ist in dieses ein Verbot aufzunehmen, Vermögenswerte uneingeschränkt und zwecks Maximierung der Vorteile des Versicherers zwischen den Instituten verschieben zu können.

2.2 Billigkassen

Die Entwicklungen auf dem Versicherungsmarkt zeigen, dass über den Aufbau von sog. Billigkassen eine unerwünschte Risikoselektion stattfindet. Der Zugang zu diesen Kassen ist häufig nicht diskriminierungsfrei und zudem führen diese Einrichtungen zu Verzerrungen. Entsprechend beantragen wir, dass Regelungen in das KVAG aufgenommen werden, die solche Praktiken unterbinden oder zumindest solche, die eine Einschränkung der Prämiensegmentierung innerhalb derselben Versicherungsgruppe vorsehen.

Wir danken Ihnen noch einmal für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen Ihnen für allfällige weitere Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Christian Wanner
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber